



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Pressemitteilung

Brüssel / Hamm, 21.07.2009

Milchbericht der EU-Kommission

EU-Kommission lässt Milcherzeuger im Milchüberschuss untergehen

Bauern sind auf sich gestellt, um Übermengen vom Markt zu nehmen

In ihrem neuen Milchbericht, den die EU-Kommission am morgigen Mittwoch veröffentlichen will, bekennt sich die EU-Kommission zu ihrer bisherigen Politik der staatlich angereizten Milch-Überschüsse und damit zu dem immensen Preisdruck, der durch die Überschüsse ausgelöst wird, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

„Die Kommission will den Strukturwandel in der Milcherzeugung noch beschleunigen. Dass seit Einführung der Quotenregelung 1983 bereits zwei Drittel der Betriebe aus der Milcherzeugung ausgeschieden sind, reicht der EU-Kommission noch nicht. Denn sie lehnt in ihrem Milchbericht die Rücknahme der 2008 von der EU beschlossenen Milchquoten-Erhöhungen mit dem Argument ab, dass es dann zu Verzögerungen des Strukturwandels kommen werde. Sie will an der Situation, dass weit mehr Milch erzeugt wird als am Markt abgesetzt werden kann, festhalten. In Folge der Überschüsse sind die Erzeugerpreise für Milch um bis zu 50 Prozent abgestürzt. Auf den Betrieben findet eine brutale Kapital- und Substanzvernichtung statt. Die Kommission will die Milcherzeuger offenbar im Milchüberschuss absaufen lassen“, so AbL-Vorsitzende **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**.

„Selbst den Vorschlag der EU-Kommission, auf nationaler Ebene die Saldierung abzuschaffen, also die einzelbetriebliche Überschreitung der erhöhten Quote nunmehr ab dem ersten Liter Überlieferung mit Strafabgaben zu belegen, verknüpft die Kommission noch mit dem Anheizen des Strukturwandels. Denn sie will die Abgaben für Rentenprogramme einsetzen, mit denen Milchbetriebe aus der Milcherzeugung herausgelockt werden sollen. Die EU-Kommission betreibt nicht die notwendige Rückführung der Menge, sondern sie will die weitere Reduzierung der Zahl der Betriebe. Dahinter steht die Logik, nach der Geflügel- und Schweinehaltung nun auch die Milcherzeugung der Industrialisierung zuzuführen, um der Milchindustrie einen noch billigeren Rohstoff zu sichern“, so **Maria Heubuch**, AbL-Vorsitzende und Milchbäuerin im Allgäu.

„Um sich dagegen zu wehren und ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern, bleibt den Milcherzeugern in Europa offensichtlich nichts anderes übrig, als die überschüssige Menge selbständig vom Markt zu nehmen. In einer Art Notwehrmaßnahme geht es dabei nicht nur darum, den Druck auf die Politik zu erhöhen. Gleichzeitig geht es darum, mit einer konsequenten und schnellen Rückführung der Menge die Überschüsse abzubauen, um die Kräfte des Marktes in einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage wieder für einen fairen Milchpreis wirken zu lassen“, folgert Graefe zu Baringdorf. „Es stellt sich die nüchterne betriebswirtschaftliche Kalkulation: Ist es für die Betriebe sinnvoller, sich weiter der Preisdumping-Strategie der EU-Kommission zu beugen, oder aber für eine gewisse Zeit auf die ohnehin skandalös niedrigen Milcherlöse zu verzichten, um dadurch die Preise nachhaltig steigen zu lassen. Das ist ein notwendiger Schritt, um zu einer bedarfsgerechten Erzeugung in Selbstverantwortung der Bauern zu kommen“, so Graefe zu Baringdorf.

Kontakt für Redaktionen: Maria Heubuch, Tel.: 07561-5937

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Tel.: 0171-3627711

AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Bundesgeschäftsstelle • Bahnhofstraße 31 • D – 59065 Hamm/Westf.

Tel.: 02381 – 9053171 • Fax: 02381 – 492221 • jasper@abl-ev.de • <http://www.abl-ev.de>